

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1925

57 (4.2.1925) Morgenausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Mittwoch, den 4. Februar 1925.

Steuern und Finanzen von Ferdinand Zolner...
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider.
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Walter Schneider.
Redaktion: Dr. Walter Schneider.
Verlag: Badische Presse, Karlsruhe.
Postfach: 1000.
Telefon: 1000.
Abonnementspreis: 120 Mark pro Jahr.
Einzelpreis: 2 Mark.

Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen.

Gründung einer Treuhandstelle zur Anmeldung des Besizes.

Berlin, 4. Februar. (Zuspruch.) Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Im Aufwertungsausschuss des Reichstages ist von jachtländiger Seite ein Material über die noch im Umlauf befindlichen öffentlichen Anleihen vorgelegt worden, das von den amtlichen, vom Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Zahlen wesentlich abweicht. Zur endgültigen Regelung der Aufwertung und zur Feststellung der öffentlichen Aufwertungsquote, sowie der Höhe und Zeit des Inkassotrens des Zinsdienstes werden genaue Erhebungen über die noch im Umlauf befindlichen öffentlichen Anleihen bei den Gläubigern notwendig sein. Unter Anlehnung an einen großen Spezialverband ist eine „Treuhandstelle“ für die Anmeldung der öffentlichen Anleihen E. B. gegründet worden, die die Anmeldung des Besizes entgegennehmen und die Registrierung und bankmäßige Verwaltung des angemeldeten Materials besorgen soll. Alle Anleihenbesitzer werden zur beschleunigten Durchführung dieser Aufgaben aufgefordert, ihre Guthaben auf öffentlichen Anleihen bei der Treuhandstelle Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 100, anzumelden.

Berlin, 3. Febr. (Zuspruch.) Der Aufwertungsausschuss des Reichstages nahm heute einen Gesetzentwurf an, der die teilweise Aussetzung von Rechtsstreitigkeiten über die Aufwertung von Vermögensanlagen auf Antrag einer Partei zulassen will und zwar in folgender Form: In Rechtsstreitigkeiten über die Aufwertung von Vermögensanlagen kann die Verhandlung auf Antrag des Gläubigers einstweilen ausgesetzt werden. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Der Gegner ist vor der Entscheidung zu hören. Die Vorschriften finden auch Anwendung auf den Verfall von Aufwertungsstellen auch das Reichsfinanzministerium und dem Reichsfinanzhof soweit es sich um Ansprüche auf Grund der Vorschriften der dritten Steuerverordnung über den Geldwertausgleich bei Schuldverschreibungen handelt.

Todessturz auf dem Flugplatz Staaken.

Berlin, 3. Febr. (Zuspruch.) Heute vormittag kam während eines Probefluges, das von dem Flugschüler Freiler von Willeh geführte Flugzeug der Fliegerhelfer in einer Höhe von 200 Metern über der Zeppeleinfahrt durch Böen ins Strudeln und brach durch das Dach der Halle. Die in der Halle beschäftigten Arbeiter wurden verletzt, davon zwei schwer. Der Flugschüler erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Das Unglück ist auf mangelhafte Führung des Flugzeuges zurückzuführen.

Die Instruktionen Trendelenburgs.

Ueberreichung der deutschen Note.

F. H. Paris, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Note, welche Staatssekretär Trendelenburg heute abend dem französischen Handelsminister Raynaud überreichte, enthält bestimmte Vorschläge über die Wiederaufnahme der Verhandlungen, vor allem den Vorschlag, daß die Verhandlungen nicht weiter schriftlich, sondern mündlich geführt werden sollen. Die deutsche Abordnung erhielt sodann von der Reichsregierung Instruktionen, alle Mittel auszunutzen, damit die Verhandlungen ein positives Ergebnis zeitigen könnten.

m. Berlin, 3. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Staatssekretär v. Trendelenburg ist am Dienstag wieder in Paris eingetroffen. Er wird nunmehr gemäß seinen in Berlin erhaltenen Instruktionen die Pariser Regierung darauf aufmerksam machen, daß sie bereits im Protokoll vom 12. Oktober die Selbstbegünstigung de facto zugelegt habe, und von ihr nachmals eine diesbezügliche Erklärung in dieser Richtung verlangen. Dabei wird er nicht versäumen, den französischen Handelsminister Raynaud in Kenntnis zu setzen, daß ohne diese Zugabe auch die Verhandlungen über ein Protokoll unfruchtbar bleiben werden, und daß die ganze Verantwortung für ein etwaiges ergebnisloses Auseinandergehen der Delegationen auf die französische Regierung falle. Da jetzt die letzten Möglichkeiten einer wirtschaftspolitischen Verständigung erschöpft sind, hängt das Schicksal der Verhandlungen nur noch von der Antwort Frankreichs ab. Da aber die Engländer bereits mit dem Gedanken eines deutsch-englischen Industriebündnisses spielen, das sich natürlich nur gegen Frankreich richten kann, bleibt doch abzuwarten, ob die Pariser Regierung ein Scheitern der Verhandlungen auf sich nehmen will.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

J. S. New York, 3. Febr. Die Entscheidung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag ist nunmehr gefällt. Der Ausschuss befürwortete den Vertrag und empfahl ihn dem Senat zur Annahme, unter der Voraussetzung, daß eine Währungsvereinbarung der Ausschuss verlangte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten soll, nach Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Vertrages die Vorzugsrate für Schiffahrt und Eisenbahnen, die in dem Entwurf vorgesehen war, zu annullieren. Der Vertrag wird nunmehr mit dem „Ratifikationsbeschluss“ dem Senat vorgelegt werden, dessen Entscheidung wohl in positivem Sinne ausfallen wird.

F. H. Paris, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Dem Kongress der sozialistischen Partei in Grenoble, der am 8. bis 12. Februar stattfindet, werden als Delegierte der deutschen Sozialdemokratische Hilferding und Breitscheid beizumohnen.

Die Preußenkrise.

Braun vor der Rückgabe des Mandats?

m. Berlin, 3. Februar. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der preußische Ministerpräsident Braun hat sich noch eine letzte Galgenfrist herausgerechnet, indem er den letzten Bescheid der Fraktion der Deutschen Volkspartei abwarten will, obwohl es kaum zweifelhaft sein kann, wie diese Antwort ausfällt. Man kann also damit rechnen, daß er am Mittwoch oder Donnerstag offiziell die Wahl ablehnt und daß dann der Preussische Landtag von neuem vor dem Zwang steht, einen Ministerpräsidenten zu wählen. Ob man es diesmal vorziehen wird, die Wahl hinauszuschieben, bis eine Verständigung zwischen den Fraktionen irgend wie erzielt ist, oder ob man wieder dazu kommt, einen Ministerpräsidenten mit Blankovollmacht zu wählen, hängt ausschließlich vom Zentrum ab, das vermutlich Herrn Horion präsentieren wird. Herr Horion muß dann den Versuch machen, ob er bei der Wirtschaftspartei geringeren Widerstand findet als der bisherige Ministerpräsident Braun. Selbst aber, wenn er sich entschließen sollte, den Innenminister Scoring endgültig zu opfern, was für die Sozialdemokraten eine starke Belastungsprobe bedeuten würde, glauben wir nicht, daß die Wirtschaftspartei am Ende Zugagen machen wird. Herr Horion hätte dann aber da er ja ohne Bindung gewählt ist die Möglichkeit, ein Beamtenkabinett zu bilden, das auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien angewiesen wäre. Es scheint, als wenn zur Zeit beim Zentrum das Pendel wieder einmal etwas nach rechts ausschlägt und als ob es bereit ist, um eine Dauerkrise zu vermeiden, auch an einem solchen Beamtenkabinett sich in der Form parlamentarischer Unterstützung zu beteiligen.

Wahl des Landtagspräsidenten.

Berlin, 3. Febr. (Zuspruch.) Der Verlesterat des Landtages beschloß heute, dem Landtage zu empfehlen, die Wahl des Landtagspräsidenten am Dienstag, den 10. Februar, zu verschieben. Der Landtag wird hierüber endgültig entscheiden. Die nächste Sitzung ist auf Donnerstag, den 5. Februar, 2 Uhr nachmittags angesetzt.

Die Demokraten für Opposition.

Berlin, 3. Febr. (Zuspruch.) Der Hauptvorkand der Deutschdemokratischen Partei nahm nach ausführlicher Aussprache folgende Entschließung an: „Der Hauptvorkand der Deutschdemokratischen Partei billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und erwartet von ihr eine entschiedene, selbständige und klare Opposition.“

Der türkisch-griechische Konflikt.

F. H. Paris, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der türkische Botschafter in Paris hatte heute vormittag neuerlich eine Besprechung mit dem Direktor der politischen Angelegenheiten, Laroche, wobei er ausführte, daß die Regierung von Ankara eine Ueberweisung der Angelegenheit der Ausweisung des ökonomischen Patriarchen an den Haager Schiedsgerichtshof ablehne, denn die ganze Sache sei nach dem Danannervertrag vollkommen geregelt. Die Türkei habe das Recht gehabt, den Patriarchen auszuweisen.

F. H. Paris, 2. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Serriot empfing heute den griechischen Gesandten in Paris und lobann den neuen türkischen Gesandten, der ihm eine Abschrift seines Botschaftsbriefes vorlegte, das er in den nächsten Tagen dem Präsidenten der Republik unterbreiten soll. Mit beiden diplomatischen Vertretern erörterte der Präsident die Frage des ökonomischen Patriarchen, die immer weiter Kreise zu ziehen scheint. Es wurde heute bekannt, daß der griechische Ministerpräsident eine lange Besprechung mit dem Chef des Generalstabes der Armee hatte, an welcher auch der Verkehrsminister teilnahm. Man erklärt in griechischen Kreisen von Paris, daß zwar die griechische Regierung entschlossen sei, alle möglichen Mittel anzuwenden, um den Zwischenfall zu regeln, daß sie aber entschlossen sei, keinerlei Eingriffe in die Rechte Griechenlands zu dulden. Von der gemischten Kommission, die in Konstantinopel den Austausch zwischen der griechischen und türkischen Bevölkerung vornimmt, liegt eine lange Erklärung vor, welche sich zu beweisen bemüht, daß die Ausweisung des ökonomischen Patriarchen durchaus gerechtfertigt sei und daß darin keine Verletzung des Danannervertrages erblickt werden könne. Es sollen in dieser Frage drei Beschlüsse gefaßt worden sein, und die Türkei könne infolgedessen keine Verletzung der abgeschlossenen Konvention erblicken.

v. D. London, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Reuter erzählt, daß bisher die affizierten Regierungen keine Demarche im griechisch-türkischen Konflikt unternommen haben. Die Regierung von Ancona teilt mit, daß die griechische Note wegen Ausweisung des ökonomischen Patriarchen erst beantwortet werde, nachdem die Frage mit Mustafa Kemal erörtert sein werde.

Die Deutschen Nordschleswigs an Dr. Kraft.

Kopenhagen, 3. Febr. (Zuspruch.) Der deutsche Abgeordnete im dänischen Parlament, Schmidt-Rodda, hat folgenden Drahtspruch an Dr. Kraft in Südschweden abgefaßt: „Das deutsche Volk hat ein Lebensrecht auch außerhalb der Grenzen der deutschen Staaten. Ihnen, unserem deutschen Bruder, der im Ringen um dieses Recht gegen brutale Gewalt steht, senden Grüsse und beste Wünsche für ihre Gelingen die Deutschen Nordschleswigs.“ (gez.) Schmidt-Rodda.

Der Etat des Reichsarbeitsministeriums.

m. Berlin, 3. Februar. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichstag hat in diesem Jahre den Etat des Reichsarbeitsministeriums an die Spitze der zweiten Lesung gestellt und dementsprechend auch in seinem Hauptauschuss disponiert. Der Bericht des Ausschusses liegt bereits vor. Ehe man jedoch in die eigentliche Etatsberatung hineinsteigt, machen die Kommunisten noch einen mehr als überflüssigen Vorstoß. Sie beantragen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 18 Mitgliedern. Da sie aber selbst die nötigen Stimmen für die Durchführung dieses Antrages nicht aufbringen, werden sie durch den Abgeordneten Stöder um weitere Unterschriften und verlangen gleichzeitig, daß aus dem Ruhegebiet 18 Arbeiter zu dem Ausschuss zugezogen werden sollen, damit man die „schuldigen Regierungen“ unter Anklage stellen kann. Da die Kommunisten sich nicht mit Kleinigkeiten abgeben, wollen sie gleich die Regierungen Cuno, Stresemann, Marx und Luther unter Anklage stellen. (1) Das geht sogar den Sozialdemokraten zu weit. Sie haben einen eigenen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorbereitet, wollen aber wenigstens die Denkschrift der Regierung abwarten und lehnen deshalb den kommunistischen Antrag ab, den Herr Müller-Franklin als einen „Falschnachschuß“ bezeichnet. Darüber sind die Kommunisten etwas verärgert. Sie wollen den Sozialdemokraten das Heimzahlen, indem sie den ersten sozialdemokratischen Redner vom Arbeitsetat, Herrn Dittmann, durch lärmende Zwischenrufe zu unterbrechen suchen, bis ihnen der Präsident das Handwerk legt und sie unter Androhung strengster disziplinarischer Maßnahmen veranlaßt, ihren Platz aufzusuchen. Der Genosse Dittmann ist noch einer aus der alten Schule und glaubt noch an die theoretischen Resignationen und verliest daher die Artikel, die jedem Deutschen entsprechende Arbeitsgelegenheit verschaffen. Er kann es nicht begreifen, daß dieser Verfassungsartikel allein nicht schon ausreicht, um alle Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Er macht dem Arbeitsministerium den Vorwurf, daß es diesen Artikel noch nicht ausgeführt hat. Selbstverständlich tritt er sehr fleißig auf dem von seiner Partei entworfenen „Ruhrskandal“ herum, sagt der Schwerindustrie nach, daß sie in Wahrheit Deutschland regiert und verlangt wieder von dem Arbeitsminister, daß er diese ungeheure Gefahr von Deutschland abwendet. Der Wunschzettel, den er im übrigen verliest, ist so groß, daß der Arbeitsminister bei dem Aufnotieren gar nicht mitkommen kann. Auch die Deutschnationalen schiden um Verger der Sozialisten einen Arbeiter vor, Herrn Koch aus Düsseldorf, der bei aller Betonung des Sozialen doch den Sozialdemokraten bittere Wahrheiten sagt. Auch der ehemalige preussische Ministerpräsident Stegerwald, der für das Zentrum spricht, wendet sich sehr heftig gegen die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung des schematischen Achtstundentages. Er wünscht, daß die Gewerkschaften sich mit den Unternehmern über die Arbeitszeit verständigen. Für die Deutsche Volkspartei spricht der Vertrauensmann der Angeheften, Thiel, der darauf aufmerksam macht, daß jede bürgerliche Regierung ein weitestgehendes Maß von Verständnis für Sozialpolitik haben müsse. Er nimmt den von dem Genossen Dittmann hingeworfenen Handschuh wegen der „Ruhrskandale der Rostindustrie“ auf und gibt den Sozialdemokraten den Vorwurf zurück, daß ihnen der ganze Streit nur eine willkommene Ablenkung ist, um von den eigenen Sünden die Aufmerksamkeit abzuziehen.

Zu Beginn der Sitzung stimmte der Reichstag dem Abkommen mit der Tschechoslowakei über Erleichterungen im Grenzverkehr in erster und zweiter Lesung zu. Das Wirtschaftsabkommen mit Siam wird dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 3 Uhr nachmittags zur Weiterberatung des Etats.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin, 3. Febr. (Zuspruch.) Der Verlesterat des Reichstages befaßte sich heute mit der Geschäftsliste. Die und die beiden nächsten Wochen werden vollkommen von Plenarsitzungen in Anspruch genommen werden. Das Haus wird bis 20. Februar tagen, dann tritt eine Pause vom 21. bis 25. Februar ein.

Der Wunsch nach Zerstückelung Deutschlands.

Der „Eclair“ für ein unabhängiges Rheinland-Westfalen. — Herr Breitscheid in Ugnade.

F. H. Paris, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Arnold Reehberg sendet dem „Eclair“, also einem der demokratischsten Pariser Blätter, in periodisch wiederkehrenden Zeiträumen Zuschriften, wie er sich die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vorstellt. Gewöhnlich bewegt er sich dabei mehr auf wirtschaftlichem Gebiet. Heute aber beschäftigt er sich mit der Sicherheitsfrage und erklärt, daß ein neutraler Pufferstaat am linken Rheinufer keine Sicherheit geben würde, ebensowenig wie ein Garantievertrag, der von Frankreich, England und Deutschland unterzeichnet wäre. Die einzige Sicherheit sei eine enge Verbindung zwischen der deutschen und der französischen Industrie. Diese allein würde einen künftigen Krieg verhindern, was um so wichtiger wäre, als ein solcher Krieg Frankreich und Deutschland dem Bolschewismus zuführen würde.

Der Chefredakteur des „Eclair“, Bure, erklärt sich diesmal mit der Zuschrift Reehbergs nicht einverstanden. Er behauptet, daß vor allem ein unabhängiges Rheinland-Westfalen gegründet werden müßte. Dann könne man Deutschland den Handelsvertrag aufzwingen, den man brauche.

Allenfalls könnte man diesen rheinisch-westfälischen Staat unter Kontrolle des Völkerbundes stellen. (1) Allerdings hat Bure Bedenken, daß England sich vielleicht gegen die Schaffung dieses Staates wenden könnte, weshalb er Vales mit der Drohung zu treten sucht, daß Frankreich und Deutschland einen Vertrag mit einander schließen könnten. England habe allen Anlaß, einen solchen Vertrag zu fürchten, falls es sich nicht endlich bereit erklären sollte, Frankreich Rechte (1) anzuerkennen — das Recht nämlich, Deutschland zu zerstückeln. Würde England dies nicht zulassen, so würde in fünf Jahren die Paz Germanica in Europa und in der ganzen Welt herrschen. Es entbehrt nicht eines gewissen komischen Interesses, daß das Zielkind der französischen Poesie, Herr Breitscheid, hier allmählich

lich in Ungnade zu fallen scheint. Heute beschuldigt ihn der „Eclair“, daß er, der vermögenslos sei, sich fortwährend kostspielige Reisen nach England und Frankreich gestatten könnte. Diese würden vom „Heimatdienst“ bezahlt, der überhaupt für alle Bedürfnisse der sozialdemokratischen Gewerkschaften aufkäme.

III das wahr?

m. Berlin, 3. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Dresdener Neuesten Nachrichten berichten aus Paris, die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie hätte durch Vermittlung des Pariser Vertrauensmannes Herrn Herriot mitgeteilt, sie würde sehr enttäuscht sein, wenn das französische Kabinett mit der gegenwärtigen Reichsregierung in Verhandlungen über die Regelung der deutsch-französischen Beziehungen, besonders über die Frage des Sicherheitsvertrages in einen Gedankenaustausch einzutreten würde.

Wie die Kontrollkommission „arbeitet“.

• Essen, 3. Februar. (Kunstspruch.) Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite erfährt, mehren sich in der letzten Zeit die Versuche der Ententebehörden, festzustellen, ob in Fabriken, die früher Waffen, Munition und Kriegsgerät hergestellt haben, noch Maschinen oder Werkzeuge angefertigt werden oder vorhanden sind, die auch kriegerischen Zwecken dienen können. Die Agenten machen sich an gewisse Direktoren und Ingenieure heran und suchen Zeichnungen zu erlangen, aus denen die doppelte Verwendungsmöglichkeit hervorgeht (?). Sie zeigen Aufträge aus Ländern vor, in denen innere Unruhen und Kriege herrschen (!), wie Mexiko und Marokko und fragen, ob die Fabriken innerhalb einer gewissen Zeit Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial liefern können. Derartige „Besuche“ sind bereits bei einer Anzahl größerer Fabriken gemacht worden.

Barmat — Kulischer.

m. Berlin, 3. Februar. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der letzte Tag der Unternehmung der Barmat-Kulischer-Affäre wurde durch eine Debatte zwischen dem deutschen Reichsminister des Innern Seemann und dem Volksparlamentarier Pinfernell eingeleitet, die sich um den Antrag drehte, daß sämtliche Persönlichkeiten, die vernommen werden, als Zeugen vernommen werden sollen, daß die Vernehmung also entsprechend den Vorschriften der Strafordnung in Anwesenheit der anderen Zeugen vor sich gehen soll und daß jeder einzelne darauf hingewiesen werde, daß die Vernehmung erfolgen könne. Gegen diesen Antrag wandte sich der Vorsitzende Leidig, da es unmöglich sei, daß Personen, die Gegenstand der Untersuchung seien, als Zeugen vernommen würden. Die Debatte fand schließlich ihren Abschluß durch eine Abstimmung, die sich für die Annahme des Antrages aussprach.

Rummehr trat der Vorschlag in die Vernehmung des Herrn a. Dombois ein, der sich über die Kreditgewährung an Kautischer äußert. Er kann sich noch besonders an den 20. Februar erinnern, da sich an diesem Tage der Lombard und Kontolorent auf 4,2 Millionen Markt belief. Damals wurde als Zusatzbedingung das Sanauer Lager hinzugezogen. Dr. Kühle erklärte dann in einer Sitzung, die bisherige Schuld in Höhe von 42 Millionen solle auf drei Monate gestundet werden, damit Kautischer Zeit habe, das Lager zu verwerthen. Kühle habe hierbei hervorgehoben, daß bereits ausführliche Verhandlungen über eine Veräußerung dieses Lagers eingeleitet worden seien, und daß Kautischer der Staatsbank eine Gemüthsheilung angeboten habe. Man hätte sich mit diesem Gedanken abgefunden und die Gemüthsheilung als Ausgleich dafür angenommen, daß der Kredit verlängert würde. Erst mehrere Monate später, als sich herausgestellt habe, daß der Lombardbeamte die wertvollen Dedungsfälle ohne Wissen der Generaldirektion herausgegeben hätte und die vorhandene Dedung für den gewährten Kredit nicht mehr ausreichte, sei die Frage des Wertes des Sanauer Lagers für die Staatsbank von Bedeutung geworden. Da Kühle daneben noch große Wechselkredite gegeben habe, ist Dombois völlig unbefriedigt.

Herr von Dombois machte dann Mitteilung über die Grundzüge und Direktiven für die Geld- und Finanzpolitik und stellt dabei fest, daß die einzelnen Kredite von Herrn von den Mitgliedern der Direktion gegeben worden seien. Auf verschiedene Fragen des Abgeordneten Kuttner, die sich auf das Honorar Kühles und Hellwigs wegen ihrer Mitwirkung bei einem Schiedspruch beziehen, stellt Dombois fest, daß keine Bedenken vorgelegen hätten, die Genehmigung zur Mitwirkung bei diesem Schiedspruch zu verweigern.

Die Finanzministerkonferenz geschlossen.

III. Dresden, 3. Febr. (Kunstspruch.) Die Konferenz der Landesfinanzminister wurde heute nachmittags 2 1/2 Uhr geschlossen.

Münchener Theater.

„Die heilige Johanna“. Dramatische Chronik von Bernard Shaw. Erstaufführung im Schauspielhaus.

Kun ist die sogenannte Sensation in theatralischen, die ob ihres Vermuthungsmäßigen so gar nichts Sensationelles an sich hat, auch nach München gekommen. Shaw ist hier wieder der geschickte Konstrukteur und spekulative Rationalist, er entwirft Johanna d'Arc, ein göttlich mystisches Hymnus und stellt sie als geistiges Naturphänomen in die Welt der Tatsachen, er nimmt Feudalismus und Kirche rein historisch und läßt sie das ganz naiv handelnde Naturkind, das nur seine Welt, nämlich die Liebe zum heimatlichen Boden, versteht, und die international beeinflussten Feudalismus und Kirche aufeinanderprallen. Hieraus wächst Johannas Tragik und darum ist die große Gerichtsfrage, in der ständisches Dogma und naiv göttliches Erklärtein unüberwindbar sich gegenüberstehen, eine Art dramatischer Brennpunkt in diesen bildhaften Skizzen. Shaw treibt seine historische rationalistische Erkenntnis bis zu den letzten Folgerungen, er erkennt, daß die Kirche von ihrem gegebenen Standpunkt aus gerecht ist, darum hat die Kirche den Vorrang, nicht tendenziös zu sein. Dabei läßt Shaw dennoch ungeschminkte Wahrheiten aus an die Kirche, an seine britischen Landsleute und nicht zuletzt den Franzosen, für letztere eine umso bittere Wille, als er sie geringschätzig behandelt. Freilich, der Freund der Paradoxe wird auch hier wieder oft zu geschwätzig und manche Scene zum Debattierklub für Weltanschauungsfragen. Alles in allem aber ist diese heilige Johanna in Gänze ein echtes Werk, ein Werk unserer rationalistischen Zeit, dabei voll Kräfte für die gallsche Botschaft der Heiligensprechung der Johanna durch das offizielle Frankreich.

Als letzte Regietat vor ihrem Abgang am 1. März hat Hermine Körner diese Johanna d'Arc aus der Taufe gehoben. Wenn ich bedenke, daß Frau Körner uns den Abschied von ihr mit dieser individuell ungemessen durchgeistigte Inszenierung schwer macht, so ist darin das Höchste an persönlicher Werthschätzung enthalten. Hier ermahnt man, welche nachschöpferische Kraft Frau Körner besitzt, wie ihr Wille die Einzelgestaltungen zwingt, wie sie die Teile in der Hand mit dem geistigen Band zum Ganzen fligt. Wenn ich an diesem Abschiedsabend des Reizvollsten Hermine Körner ein stilles Bedauern nicht unterdrücken konnte, so war es der Gedanke, daß diese seltsame Frau ihre heilige Kraft nicht zuerst einem deutschen Dichter und Dramatiker zu weihen sich entschließen konnte, deren Namen noch immer unverdient vor den Pforten des deutschen Theaters aufgeschloßen stehen.

Regisseurin Elia Tiedemann war als Johanna nicht nur das von Shaw gewollte naive Naturphänomen, sie wuchs auch etwas ins Metaphysische über. Der Dichter knüpfte in einer Art Entschlossenheit hoch über alle Dämme hoch über Shaws wortreiche Kräfte, deren ihr Handeln alle auf hoher Marie, es war ein Ehrenwort für alle Darsteller und deren geistige Führerin Hermine Körner.

Dr. Eduard Scharer.

Die Kammerdebatte.

Die Sozialisten und der St. Stuhl. — Frankreichs Rheinpolitik. — Bewilligung des Kredits von 58 000 Franken.

F.H. Paris, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer hatte Herriot beifällig verlangt, daß ein Kredit von 58 000 Franken dem Heiligen Stuhl eingewilligt werde. Diese Forderung des Ministerpräsidenten hatte die Sozialisten lebhaft beunruhigt, weil sie darin eine Art Rückzug sahen. Der Parteiführer Leon Blum bemühte sich heute vormittag in einer langen Rede, welche die ganze Sitzung ausfüllte, den Standpunkt seiner Partei aufzuklären, ohne daß man aber den Eindruck gewonnen hätte, daß ihm dies wirklich gelungen war. Die sozialistische Partei hat während des ganzen Vormittags, wie sie sich gegenüber der Forderung Herriots verhalten soll. Um 3 Uhr nachmittags konnten die Sozialisten endlich nach einer sehr bewegten Debatte mit 27 gegen 11 Stimmen den Beschluß fassen, daß sie, wenn Herriot die Vertrauensfrage stellen würde, diese nicht stellen, sondern sich die Sozialisten der Stimme enthalten. Herriot machte übrigens im Laufe zahlreicher Reden, die er heute vormittag mit den Sozialisten und den Radikalsocialisten hatte, das Zueinanderkommen des Kredits für den Heiligen Stuhl nicht nur als ein eigenes Budgetkapitel geschaffen werden soll, sondern daß ein eigenes Budgetkapitel geschaffen werden soll mit der Bezeichnung „Durchführung des Kontrats in Elsaß-Lothringen“. In der Nachmittagsitzung sagte Blum seine Rede fort und sprach zunächst über die internationalen Schulden und dann über die Sicherheitsfrage. Man hatte gehofft, daß er dabei in klarer Weise Stellung zu der letzten Rede Herriots nehmen würde, aber auch diese Erwartungen können als wenig befriedigend angesehen werden. Er behauptete zunächst, daß der Bericht der interparlamentarischen Kontrollkommission nicht vor dem 10. Februar veröffentlicht worden sei. Blum erinnerte an die Worte Herriots, daß Frankreichs Festlegung am Rhein dessen letzte Sicherheitsgarantie sei. Blum stellt die Frage, wie lange die Befestigung des linken Rheinuferes dauern soll, und erinnert daran, daß Herriot sich geäußert hätte, er sehe im Grenzland die Anwesenheit von Soldaten, wonach die Befestigungsarbeiten nicht zu laufen beginnen könnten.

Der Abg. Kautischer verweist aber in einem Zwischenruf darauf, daß Herriot gerade das Gegenteil im Sinn gehabt hätte und daß der frühere Reichsminister Maginot stellt fest, daß man die Worte Herriots in seiner letzten Kammerrede, wonach der Rhein die letzte Sicherheitsgarantie Frankreichs sei, nicht anders auslegen könne, als daß Frankreich dauernd am Rhein bleiben wolle.

Herriot greift jetzt in die Debatte ein und erklärt, daß er an der Rede, welche die ganze Kammer gehört habe, nicht ein Wort zu ändern brauche. Blum glaubt, daß sich die ganze Debatte dahin zusammenfassen lasse, daß die Rheinbefestigung nicht unendlich lange dauern soll. Herriot bekräftigt diese Anschauung. Blum schließt seine Rede mit der Erklärung, daß es von der Durchführung der Befestigungen des Rheinuferes abhänge, wann die Befestigung aufhöre, und fordert eine wirksame Kontrolle Deutschlands unter der Garantie des Völkerbundes. Internationale Besprechungen seien für alle Probleme notwendig.

Der Abgeordnete der Rechten Le Douarez sprach sodann für die Beibehaltung der Besatzung beim Veltan; der Kommunist Cahn bekräftigt dies.

Der Abgeordnete Cahn in sprach über die Verhältnisse in Kautischer, wo die Situation außerordentlich düster (?) sei. Handel, Ackerbau und Industrie entwickelten sich in befriedigender Weise. Die Sozialregierung verleihe nicht die Vorkriegsbesetzung, sondern suche bestimmte Maßnahmen durchzuführen. Als Cahn die Rede beendete, sprach der Kommunist die Internationale an. Es entfiel ein Scherz über die Situation und die Sitzung muß unterbrochen werden. Nach der Wiederaufnahme wird auf der Rechten beantragt, um dem Kabinett Herriot die Miktrauen auszusprechen, bei diesem Kapitel einen Kredit von 100 000 Franken zu bewilligen. Die Regierung bekämpft diesen Antrag, der mit 384 gegen 210 Stimmen abgelehnt wird. Sodann wird Kapitel 9 angenommen.

Es erfolgt die Berechnung über den von der Regierung veranschlagten Kredit von 58 000 Franken für die Entschädigung eines Vertreters von Elsaß-Lothringen zum Vatikan. Die Kommunisten bekämpfen den Antrag, worauf Herriot seinem Ersuchen Ausdruck gibt, daß ihm vorzuziehen werde, er arbeite nicht für den Frieden, während seine Politik nur den Zweck verfolge, den Frieden liberal zu erzielen. (!) Wenn er die Abwendung eines Vertreters für Elsaß-Lothringen zum Vatikan beantrage, so sei das keine Verleugnung seiner Grundzüge. Man könne von Elsaß nicht ver-

langen, mit einem einzigen Sprung vom Regime von 1870 zu dem von 1925 überzugehen. Da der Staatsrat das Gutachten erstattet habe, daß das Kontorbat in Elsaß fortbestehen soll, so bleibe nichts anderes übrig, als wenigstens zeitweilig (!) einen Vertreter für Elsaß-Lothringen zum Vatikan zu entsenden. Im Namen der republikanischen Sozialisten erklärte der Abgeordnete Bremond, daß er den Kredit für eine Uebergangzeit bewillige. Der sozialistische Abgeordnete Georges Wepl erklärt, daß es unverständlich sei, warum man an ein eigenes Regime für einen Teil des französischen Gebietes schaffen wolle. Versprechungen, welche Elsaß-Lothringen von General Joffre gemacht worden seien, könne man nicht anerkennen. Die Rechte erhebt nach diesen Worten einen ungeheuren Lärm, die äußerste Linke schlägt aus allen Kräften Beifall, die Rechte singt die Marseillaise, die Kommunisten die Internationale. Die Sitzung muß neuerlich unterbrochen werden. Nach der Wiederaufnahme kann endlich über den Kredit von 58 000 Franken abgestimmt werden, dieser wird mit 317 gegen 246 Stimmen angenommen.

Die Schuldenfrage.

v.D. London, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Ueber die heutige Sitzung des englischen Kabinettsrates wurde keine offizielle Mitteilung ausgegeben. Es kann aber mit aller Bestimmtheit erklärt werden, daß das Kabinett sich ausschließlich mit der Note beschäftigte, die der französische Note in der Schuldenfrage zugehen soll. Bestimmte Beschlüsse wurden aber heute nicht gefaßt. Die Beratung wird in der morgigen Kabinettsitzung fortgesetzt werden. Im allgemeinen scheint die englische Regierung geneigt zu sein, die in der Note Lord Balfours enthaltenen Grundsätze anzuerkennen, doch wird erklärt, seit der Abwendung der Balfournote habe sich die Situation insofern verändert, als Engländer inzwischen mit Amerika eine Regelung wegen Rückzahlung der Schulden getroffen habe und andererseits der Dawesplan angenommen worden sei. England wolle nunmehr einerseits, was es selbst während 80 Jahren an Amerika zu bezahlen habe, andererseits was es von Deutschland bekommen werde.

Die albanischen Wirren.

* Tirana, 3. Febr. (Kunstspruch.) Aus Furcht vor ihrer Verhaftung sind heute der Erzbischof Monsignore Mjeda und ein herzogragender Franziskanerpatler in das Ausland geflohen. Der frühere Kriegsminister Dibra ist ebenfalls erschossen worden. Er war Organisator der Gesellschaft „Balkani“. Dieser gehören die meisten politischen Attentäter Albanens an. Die Balkani-Gesellschaft soll in der letzten Zeit von der Sowjetregierung größere Geldsummen erhalten haben.

Schwierigkeiten für die Grenzfestsetzungskommission im Iran.

v. D. London, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Was Moskau wird gemeldet: Die von Völkerverbund ernannte Kommission, die sich mit der Grenzfestlegung im Iran beschäftigen soll, konnte bisher ihre Arbeiten wegen der anti-russischen Gefühle der Bevölkerung nicht beginnen. Die türkische Abordnung, welche zu der Kommission gehört, konnte Moskau überhaupt noch nicht betreten. Die Kommission erhielt gestern den Besuch einer Abordnung der Bürgermeister, Stadträte, der christlichen Bischöfe, Kaufleute und Metzger. Der Präsident der Völkerverbundskommission hat sie, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die Bevölkerung zu beruhigen und die Arbeiten der Kommission möglich zu machen.

Weitere Goldbindungen an die Reichsbank.

(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) J.S. New York, 3. Febr. Das Bankhaus Morgan hat weitere 2,5 Millionen in Gold zur Besicherung an die Reichsbank gebracht. Damit erhöhen sich die Goldbindungen nach Deutschland auf 40 Millionen Dollars und der insgesamt an fremde Länder überhandte Goldbetrag auf 88 Millionen Dollars.

Tages-Anzeiger.

(Anderes siehe im Interzentral.) Mittwoch, den 4. Februar. Landestheater: „Undine, 7-10 Uhr. Neb. Vorträge — Konzerthaus: „Die Weltausstellung in Wien 1934“, 4 und 8 Uhr. Kolosseum: Variete-Vorstellung, 8 Uhr. Kaiser-Bauer: Großes Konzert, 8 1/2 Uhr. Kaffee des Wellens: Elite-Konzert, 8 1/2 Uhr. Vorträge Schüringer: Vorträge 6, 8 1/2 Uhr. Verein ehemal. 170er: Vortrag: Oberst Keller über die Schlacht bei Saarburg im Löwenrathen, 8 Uhr. Chemal. Kleeber 100er: Zusammenkunft im Goldenen Adler, 8 1/2 Uhr. Gartenbau-Verein: Monatsversammlung im Saal 3 Schüring, 8 1/2 Uhr. Fortschritt-Veranstaltung: Teatralische Vorstellung im Schöller, 4 Uhr. Landeskräutler-Vereinigung: 10 Uhr vorm. Vorträgeversammlung, 3 Uhr öffentl. Vortrag im Konstanzenaal, Ziefantenstr. 22.

Der Beifall war nicht so groß, wie es dem Range des Liedlichers und dem anerkanntem Streben der Volkssoper, zu arbeiten und etwas Neues zu bringen, sonst wohl entsprochen hätte.

Max von Millenkovich-Morold. Mozarts „Zukunftsmusik“. Mozarts Kunst wirkte auf seine Zeitgenossen mindestens ebenso neu und ungewöhnlich wie auf uns die der „Neudörfer“ von heute. Die sechs Haydn gewidmeten Quartette Mozarts ließ der Fürst Graf Saltschitzow von seiner Hauskapelle aufführen. Aber als er sie zu Gehör bekam, da schrie er einmal über das andere: „Ihr spielt ja falsch, Ihr spielt ja falsch.“ Man zeigte ihm die Noten, und als er sah, daß alles wirklich da stand, zerriß er sie vor Aerger in kleine Stücke.

Δ Theater in Baden-Baden. Die Intendantin der Städtischen Schauspieler hat wiederum einige Neuanordnungen herausgegeben, so auf dem Gebiete des Schauspielers Oscar Blumenhals dreitaugliches Lustspiel „Der Schwur der Treue“ und Gerhardt Hauptmanns fünfaktige Tragödie „Die Katze“. Das Lustspiel mit kleiner allerdings harmloser, aber doch sinnloser Handlung und einigen gut gezeichneten Charakterfiguren läßt Heiterkeit aus und fand eine freundliche Aufnahme. Die Tragödie mit ihrem düstern Hintergrund vermochte das Publikum weniger zu erheitern, das sich in einer Zeit ewiger Aufregungen im Theater schon lieber dem frohlichen Genre zuwendet. Es fehlte zwar nicht an Beifall, aber die ergo in erster Linie den Darstellern, die mit guten Leistungen vertretbar waren. — Die Oper brachte auf der neuen Kurhausbühne erstmals eine Wiedergabe der Rubinstein'schen Oper „Kra Diavolo“ mit auswärtigen Gästen, von denen Elisabeth Man-Verlin als Ferline, Alfred Gluck-Karlruhe (Koolhaas), Marie Mole-Tom-Gil-Karlruhe (Pamella), Theodor Straß-Dresden, in der Titelpartie Max Lipmann-Mannheim als Lorenzo und Josef Gröhinger-Karlruhe als Matteo mit anerkannter Leistungen zu nennen sind, während Hermann Wuchern-ennig-Karlruhe und Eugen Kalmbach-Karlruhe ein prächtiges Männerpaar in die Handlung stellten, welches das Publikum immer wieder zu großer Heiterkeit zwang. Die Gäste traten im Verein mit dem Orchester unter Leitung von Professor Otto Lohse eine Aufführung heraus, welche als hochbedeutend bezeichnet werden darf. Den Solisten wurde viel Beifall gebendet. Gleichfalls auf der neuen Bühne des Kurhauses fanden zwei Gattin'sche Opern Aufführung. In einem Romanischen Theater hat, auf deren Programm verschiedene Ballett-Phantomien standen. Wie immer, wenn etwas „Russisches“ angekündigt wird, waren die Erwartungen hoch gespannt und der Beifall besonders am ersten Abend ein zahlreicher. Aber die Zuschauer fanden diesmal unter dem Eindruck einer Enttäuschung und hatten das Gefühl, daß die Rollen nicht ihr Belles haben und daß man von deutschen Künstlern schon Besseres gesehen hätte. Nicht zu bemerken, daß es nicht schaden kann, wenn sich diese Erwartungen in Zukunft immer mehr lösen. — Im Kurhaus versammelten sich ein zahlreiches Publikum um den Schweizerischen Dichter Hermann Hesse zu hören. Derselbe las aus eigenen, auch eine bisher noch ungedruckten Werken vor und hatte ein dankbares Auditorium, das ihm lebhaft Anerkennung darbrachte.

Ein neues „Jeanne d'Arc“-Drama. Die großen Erfolge der „Heiligen Johanna“ von Shaw lassen die französischen Dramatiker nicht schlafen. Eine Verherrlichung der Nationalheldin, wie sie Schiller gehalten, mochten sie sich gern gefallen lassen, aber die Verherrlichung der Helbenjungfrau durch die Engländer ruft einen französischen Dichter auf den Plan, der ihre Gestalt im „nationalen Lied“ erscheinen lassen will. Francois Porché hat ein „Jeanne d'Arc“-Drama geschrieben, das den Titel führt „Die großherzige Jungfrau“ und demnächst in der Comédie Française mit der bekannten Schauspielerin Simone in der Titelrolle aufgeführt werden wird. Er erklärt, daß er „die wirkliche Johanna zeigen wird, eine Heldin, die durch den reinen Ausdruck ihrer Rolle Weltbedeutung besitzt und eine Volksheldin für alle Länder ist.“ In dem Charakterbild der Jungfrau sind von Porché besonders die übernatürlichen Kräfte betont.

„Die Vögel“ von Walter Braunfels in der Wiener Volksoper. Eine der erfolgreichsten Opernleistungen der letzten Jahre, das lyrisch-phantastische Spiel „Die Vögel“ von Walter Braunfels, das schon in München, Leipzig, Berlin, Weimar, Breslau, Köln, Aachen, Essen und Hamburg, auch in Graz zur Aufführung gelangte und sich an manchen dieser Orte mit unermüdlicher Zugkraft behauptete, ist nun endlich nach Wien gelangt. Leider aber — so muß man sagen — an die Volksoper, wo ein ausschlaggebender Teil der Wiedergabe, das Szenische, wegen des Mangels an Geldmitteln und an einem für solche Aufgaben geschulten Spielleiter gänzlich verunglückte und den verdienten Erfolg fast beeinträchtigte. Musikalisch waren das Orchester unter der Führung des Direktors Stiedry, die Nachtigall der Frau Tina Wiesel-Pollia aus Agrar und die Chöre des höchsten Lobes würdig; die Stimmen der Vögel, aus einigen verheißenen Logen den orchestralen Gewittersturm überlassen, ein besonders geliebter Einsiedler. So kamen die melodischen Schönheiten und der harmonische Reichtum des Werkes und die bedeutende Sphäre des Liedlichers ungetrübt zur Geltung. Aber die Schwäche des Theaterstückes, das Fehlen jeder dramatischen Spannung und die Dürftigkeit des rein menschlichen Inhaltes, offenbar sich gleichfalls nur allzu deutlich. Denn die Männerrollen, die doch einiges Leben und Verstand hätten, waren mit Ausnahme des von Herrn Baumann trefflich gelungenen Prometheus unzulänglich besetzt und der bunte Wägen der Vögelwelt überhaupt nicht vorhanden. So nichterne und im Wesen verheißene Dekorationen, so sinnlose Beleuchtungen, so unheimliche Kostüme, so kecke und einförmige Massenbewegungen, eine solche Art an allem, was man heute Regie nennt, mühte man an und für sich beklaugen und empfindet man bei einem „phantastischen“ Spiel vollends als künstlerische Unmöglichkeit. Das bühnen Handlung, das einer blendenden Ausstattung und der lohnendsten Bühnenwunder bedürftig, um Eindruck zu machen, ging völlig verloren, das Eintreten des Prometheus und schließlich des sich öffnenden und erhellenden Himmels selber in die harmlose Rolle blieb noch unüberwindlicher, als es bei dieser entsetzlichen Bearbeitung des Aristophanes ohnehin der Fall ist, und die langsam erlöbende Lyrische Kantate, die schon unzulänglich zu breit und ausgefallen ist, wirkte bei allem Wohlklang und allem Farbenreichtum, ja durch den unaussprechlich schimmernden Wohlklang ermüdend und einschläfernd.

Italien und das verleumdete Deutschland.

Wi. Rom, 28. Jan. (Von unserem römischen Vertreter.) Der Sachverhalt: Eine neue Deutschlandsbege geht wieder einmal durch das alte Europa; alles horcht auf. Der deutsche Kaufmann, Landwirt, Beamter, Arbeiter, Arzt hört es mit muem Ohr, fragt sich: „Ja, zum Donnerwetter, ich tue doch nichts weiter als arbeiten, von früh bis abends, damit ich und meine Familie satt werden. Das kann doch keine Drohung sein?“ Aber in England, in Frankreich, in Belgien, Polen und der Schweiz kommen die Alarmnachrichten nicht zur Ruhe, und wir selbst laufen dabei Gefahr, die eigene Ruhe zu verlieren.

Da ist es gut zu beobachten, ob denn noch immer alle Länder auf diese Bege reagieren und was wir, mit unseren bescheidenen Mitteln, dagegen tun können. Italien ist ein gutes Objekt für dieses Studium und wird noch immer viel zu wenig bei uns beachtet! Wie reagiert dieses Volk auf die neue Bege? Da muß immer wieder gesagt werden: es reagiert so gut wie gar nicht! Es ist heilslos, daß es nun endlich seinen besten Kunden und seinen besten Verehrern wieder haben soll, der deutsche Tourist, mag man noch soviel über seinen Aufzug und seine Manieren lächeln, ist heilwillig! Der Krieg? Nun ja, er ist nicht zu leugnen; aber da Italien schließlich den Erbfeind Österreich erlitten hat wie Jungjüngling den Drachen (bitte sehr, das ist die offizielle und die populäre Version!), so hat man uns verziehen, und was die andern über uns zu sagen haben, interessiert hier schon lange nicht mehr. Bewußt die oberste Schicht hat uns der Conte Sforza zum guten Teil eingebrockt und die mächtig emporgeschossenen Textil- und Schwerindustrie der Poebene, an der Spitze die Herren Agnelli, Guaglio und Crepi, bejagt (und weiß gelegentlich auch Mussolini zu ihrem Sprichtwort zu machen), daß ihre Fabrikate wieder von den untern, an die ein großer Teil des Publikums seit Jahrzehnten gewöhnt ist, verdrängt werden könnten. Und dann die Presse! Sie lenkt ihre Pfeile und weiß, daß sie ihnen nicht mehr zuzuschlagen die alten Begünstigten vorziehen darf. Aber so manche Redaktionspateiligt noch immer als ihr kostbares Gut die alten Beziehungen zur französischen und englischen Botschaft (früher war noch die russische dabei) und da muß man doch für seine Freunde etwas tun. So kommt es denn, daß fast alles, was man in der italienischen Presse zu unserem Schaden liest, als Stimme der westlichen Alliierten und meist ohne Kommentar abgedruckt wird, allerdings gern an erster Stelle des Blattes und mit mehrzeiliger Leberchrift. So geschieht es heute im „Messaggero“, dem einzigen römischen Morgenblatt (das insofern von allen gelesen wird, wenn auch alle darüber schimpfen), mit der üblichen Heerde Herrichts über den „alten preußischen militärischen Geist“, mit dem sich Deutschland wieder auf die armen Völker stürzen will.

Die Lösung: Wir sagen es nicht zum erstenmal: wir müssen uns mehr um Italien kümmern! Es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, wie ein großes Volk über uns denkt, das militärisch und wirtschaftlich als Großmacht rechnet, dessen Stimme in der Völkervereinigung, im Völkerbund, auf jeder beliebigen internationalen Tagung für oder gegen uns ins Gewicht fällt, besonders wenn jenseitig Aussicht dafür da ist, daß sie für uns fällt! Der Krieg ist hier vorbei und wir müssen jede Gelegenheit wahrnehmen, ein Loch in die Entente zu reißen. Hier ist eine solche Gelegenheit! Man braucht nicht gerade so tappig vorzugehen wie der jetzige Matthias Erzberger, als er 1915 die italienische Presse „bearbeitete“; zugänglich ist sie heute genau so wie damals eher leichter, weil die Volkstimmung nicht mehr gegen uns ist und jeder Wortwechsel und jeder Reiseende in Siedelnadeln oder in Schreibmaschinen lege seine Worte auf die Goldwaage, er ist ein Wortkünstler des Deutschen Reiches. (Die besten, die wir hier je hatten, heißen übrigens Berthold, Mendelssohn und Wagner; ihre Wirkung tut noch immer Wunder.) Da aber die Reisezeit nahe ist, ist es ein nicht ganz überflüssiger Rat erlaubt: in Rom braucht man keine Kugelstöße, dagegen einen Hut und wenigstens ein Paar lange Hosen! Auch das wird dem Ansehen der deutschen Nation von Nutzen sein.

Die Völkchen in Bayern.

W. München, 3. Febr. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Es kann damit gerechnet werden, daß schon in den nächsten Tagen der Ausnahmestand in Bayern in seinen wesentlichen Teilen aufgehoben wird. Damit wird namentlich das Verbot der kommunistischen Partei wie auch das Verbot der nationalsozialistischen Partei Halters sein Ende erreichen. — Ueber die Entwicklung der völkischen Bewegung hören wir vollkommen zuverlässig: Bald nach Aufhebung des Verbots wird Hitler eine große Versammlung im Jirius Kzone abhalten und seine Anhänger aufzureden, sich in die wiedererstandene nationalsozialistische Partei einzufügen. Diese Partei oder besser gesagt Bewegung wird in erster Linie den Kampf gegen den Marxismus betreiben neben allgemeinen vaterländischen Zielen. Hiermit ist eine Annäherung der Hitlerbewegung an die bürgerlichen Parteien und in gewissem Sinne auch an die bayerische Regierung vollzogen. Der Weiterbetätigung Hitlers sind jedoch durch die Bewährungsfrist, die Möglichkeit einer Ausweisung immer noch Grenzen gezogen. Die Hitlerpartei wird die Großdeutsche Volksgemeinschaft aufnehmen, nicht aber die Völkchen Blad. Der Reichsführer Strasser wird in die Hitlerpartei aufgenommen, ebenso die alten Nationalsozialisten Dreher, Elser und Streicher. Die norddeutsche Richtung wird wiederum zu ihrem alten Namen „Deutschvölkische Freiheitspartei“ zurückkehren. Die Reichsführerschaft löst sich natürlich auf. Es ist auch damit zu rechnen, daß General Ludendorff sein Reichstagsmandat niederlegt. Es ist fraglich, ob der „Völkische Kurier“, eine Gründung Ludendorffs, weiter bestehen bleibt, wenn der „Völkische Beobachter“ Hitlers jetzt wieder erscheinen darf.

Ein jaulender Abgeordneter.

II. Scherz, 3. Febr. (Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Abgeordnete des Neckarburg-Streitlichen Landtages, Kressentin, seines Zeichens Fortarbeiter und Vorsitzender der Landesbankentasse, hat die Lohngelehrer für seine Kollegen die er bei der Fortkasse in Hirsberg abholte, nicht ausgezahlt und ist mit dem Geld verschwunden. Man vermutet, daß er sich nach Hamburg gewandt hat. Die polizeilichen Ermittlungen werden fortgesetzt. Erst kürzlich hatte Kressentin gegen die harte Auszahlung der Gelder an die Fortarbeiter Beschwerde im Landtag erhoben. (!)

Urteilsverkündung im Auer-Prozess am 12. Februar. München, 3. Febr. (Kunstsprach.) Im Auer-Prozess wurde heute nachmittag die Beweisaufnahme geschlossen, nachdem einige belanglose Zeugen vernommen und Brochüren und Zeitungsausschnitte vorgelesen waren. Anträge auf Ladung weiterer Zeugen wurden abgelehnt, da das Gericht die Angelegenheit für genügend geklärt hält. Die Urteilsverkündung erwartet man für den 12. Februar.

Dr. Lutzer kommt nach Stuttgart.

(Stuttgart, 3. Febr. (Kunstsprach.) Wie wir hören, wird Reichsanwalt Dr. Lutzer voraussichtlich am 11. Februar zu einem Besuch bei der württembergischen Regierung hier eintreffen.

Professor von Gebhardt.

Düsseldorf, 3. Febr. (Kunstsprach.) Heute nacht verstarb hier im Alter von 86 Jahren der bekannte Maler, Bildh. Geh. Rat Professor Eduard v. Gebhardt.

Aus Baden.

Milderung der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924.

Nach einem vom Badischen Landtag kürzlich beschlossenen Gesetz werden von der für das Rechnungsjahr 1924 veranlagten Grund- und Gewerbesteuer nur sieben Achtel erhoben. Die Milderung um ein Achtel des endgültigen Jahressteuerbetrags wird bei dem am 15. Februar 1925 fälligen Viertel in der Weise berücksichtigt, daß auf diesen Zeitpunkt statt des vollen nach dem Steuerbescheid sich ergebenden Vierteljahresbetrags nur die Hälfte dieses Betrages zu entrichten ist; dabei wird der zu zahlende Betrag auf den nächsten durch fünf teilbaren Reichspfennigbetrag abgerundet. Beträgt z. B. nach dem Steuerbescheid das auf 15. Februar 1925 zu zahlende Viertel 64 Rentenmark 25 Pfennig, so ist von diesem Betrag nur die Hälfte mit rund 32 Rentenmark 10 Pfennig zu entrichten. Ist der hiernach nicht zu erhebende Betrag bereits bezahlt, so wird er auf Antrag erstattet, andernfalls auf die Vorauszahlung für das Rechnungsjahr 1925 gutgeschrieben. Soweit der Steuerbescheid für das Rechnungsjahr 1924 bis zum 15. Februar 1925 noch nicht zugestellt sein sollte, ist auf diesen Zeitpunkt die Vorauszahlung in der bisherigen Höhe zu leisten.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß für das Rechnungsjahr 1924 für jene Grundstücke, die noch als Baugelände zur Grundsteuer eingeschätzt sind, obwohl sie diese Eigenschaft inzwischen verloren haben, vom Amtswegen ein angemessener Nachlaß der Grundsteuer aus Billigkeitsgründen gewährt wird. Die Finanzämter sind angewiesen, bereits beim nächsten Steuerfälligkeitstermin auf Antrag den Teil der Steuer, der aus diesem Grunde voraussichtlich nachgelassen wird, bis zur Feststellung des nachzulassenden Betrags zinslos zu funden.

Zum Arbeiterabbau in den Werkstätten.

Die Gewerkschaftsleitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Baden, hatte anlässlich der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Bezirksbetriebsrates der Arbeiter-Funktionäre der Gewerkschaft zu einer Sitzung eingeladen, in der namentlich die Frage des Abbaus in den Werkstätten zur Behandlung stand. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß aus allerhöchster Stelle die Abbaubestrebungen auch weiterhin vorzugehen sei. Die Parteien des Landtages, sowie das badische Ministerium sollen erneut auf die schweren volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die weitere Entlassung von rund 1000 Werkstättenarbeitern entstehen müssen aufmerksam gemacht werden. Der Arbeitsanfall in den Werkstätten rechtfertigt keineswegs diesen Abbau. Die maßgebenden Kreise der Reichsbahnverwaltung gehen mit der Vertretung der Arbeiterschaft darin einig, daß trotz der überhöhten Leistungen, die infolge der Vervollständigung der Arbeitsmethode zu erzielen sind, Arbeit genügend vorhanden wäre um die gegenwärtige Arbeiterschaft zu beschäftigen. So gehen beispielsweise jeden Monat allein 450 Güterwagen aus Baden hinaus, weil sie hier infolge Mangel an Personal nicht repariert werden können. Es kann aber auch der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden, daß gerade der Umstand, daß im Norden eine ganze Reihe von Werkstätten die geschlossen werden sollten, zunächst mehr Beschäftigten dazu erforderlich hat, daß für Baden die ursprünglich bekannt gebliebenen Zahl an abgearbeiteten Arbeitern der Werkstätten sich mehr als verdoppelt hat. Die Vervollständigung fordert die in Frage stehenden Instanzen auf, ernstlich gegen diesen Abbau an maßgebender Stelle vorzugehen, um zu verhindern, daß die geplante Maßnahme zur Durchführung gelangt.

Der Ausbau der Fortbildungsschule.

In Heidelberg fand letzter Tage eine überaus stark besuchte Versammlung der Fortbildungsschullehrer und Fortbildungsschullehrerinnen Nordbadens statt, zu der als Vertreter des badischen Unterrichtsministeriums der Leiter des badischen Fortbildungsschulwesens, Regierungsrat M. Walter, verschiedene Kreisräte und Schulpflichter erschienen waren. Regierungsrat Walter bemerkte in seiner Ansprache, die badische Fortbildungsschule habe auch von höchster Stelle ihre Würdigung darin gefunden, daß der Unterrichtsminister, Staatspräsident Dr. Hellpach, sie bei seiner Neujahrsansprache als die größte erzieherische Tat seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht bezeichnete. Der Ausbau der Fortbildungsschule gehe rüstig vorwärts. Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen könne den Anforderungen nicht mehr nachkommen, so daß am 1. Mai d. Jahres in dem neuen Haushaltungslernheim Seminar I in Karlsruhe ein Doppelkursus der Fortbildungsschullehrerinnen angelegt. Die in Aussicht gestellte Schulordnung wird Mitte Februar zur Bewaachtung herausgegeben werden. Im Laufe des Sommers wird dann das neue Württemberg-Fortbildungsschulgesetz herauskommen, worauf die Bearbeitung des Lebens für die Knabenfortbildungsschule in Angriff genommen werden soll.

Im Verlauf der Versammlung sprach Fortbildungsschullehrer in A. Ram in Heidelberg über das Thema „Voraussetzungen in der Württemberg-Fortbildungsschule“. Die Rednerin wies darauf hin, daß diese Voraussetzungen in Fabriken, Werkstätten, Sammlungen, Ferienanlagen usw. nicht immer das richtige Verständnis bei der Vorbereitung fänden und doch seien sie vorläufige Mittel zur Bildung des Gemeinnes. Sie zeigen der Landjugend die anstrengende Arbeit des Fabrikarbeiters und der Stadtjugend die anstrengende Arbeit des Landmannes. In einer sich anschließenden Aussprache wurde nachdrücklich betont, daß die Fortbildungsschule keine Wiederholung der Volksschule sein will, sondern daß sie ihr Ziel darin sieht, Verständnis für das Leben der Gegenwart zu wecken.

Zum Verbot des „Völkchen-Kämpfers“.

Am 10. Oktober vorigen Jahres ist die von der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Badens herausgegebene Wochenchrift: „Der Völkchen-Kämpfer“ (Hauptredakteur Dr. Edwin Müller in Karlsruhe), vom Ministerium des Innern auf Grund der §§ 7, 8 und 21 des Verfassungsgesetzes auf die Dauer von 4 Wochen verboten worden. Auf die von Dr. Müller beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingeleitete Beschwerde hat der Staatsgerichtshof unter dem Vorherrsche des Senatspräsidenten Niedner kürzlich entschieden: Die Beschwerde wird als un begründet verworfen. Die Kosten werden dem Beschwerdeführer zur Last gelegt. „Der Völkchen-Kämpfer“ hat mehrfach die republikanische Staatsform beschimpft, indem er den Tag der Weimarer Verfassungsfeier, den 11. August, einen Tag der Schande nannte und am 13. September 1924 zu einer Statistik über die Sterblichkeitsziffer der deutschen Großstädte die Ueberschrift: „Wie die Aktionäre der Weimarer Schein-Republik fürs Volkswohl sorgen“ prägte. Außerdem werden die verantwortlichen Mitglieder der Regierung des Reiches und der Länder als Drahtzieher des Molochstaates und der Rammonsrepubliken“ bezeichnet.

Wörzheim, 3. Febr. (Betrüger.) Der geschiedene Goldschmied Otto Holzinger aus Wörzheim erhielt wegen Diebstahls im Rückfall 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus. Sein Komplice, der ledige Schlosser Kumpf aus Hannover kam mit einer Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren davon. Wegen des gleichen Vergehens muß der vorbestrafte ledige Maschinenarbeiter Nat. Brommer aus Javelstein 1 Jahr und 3 Monate ins Gefängnis wandern. Fortgesetzter Betrug und Unterschlagung brachten den Provisionsreisenden Konrad Koch aus Gündringen auf 8 Monate 2 Wochen ins Gefängnis.

K. Mannheim, 3. Febr. (Stadt, Maschenball.) Nach zehnjähriger Pause haben die Feiende des Rosengartens wieder den Mannen schau in großem Stile wie in den Vorkriegsjahren. Zwar scheint man das Festfeiern aus frohem, leichtem Herzen heraus durch das Schmere des vergangenen Dezeniums etwas verlernt zu haben, ansonsten aber die etwa 4000 Teilnehmer am Farbenfest der Marschbewohner vergnügt und proportional zur Gebörde sich mehr oder weniger von Sekt, Wein, Bier und Fälschungsmaße berauschen ließen. Auch dieses erste städtische Nachkriegs-Maschenfest dürfte an Anziehungskraft, Durchführung und Farbenpracht Mannheims Nachbarsstädte in zweite Linie verweisen. Sah man auch weniger originelle und dem Grundgedanken des Festes Rechnung tragende, so doch jedenfalls nur schöne Kostüme, z. T. von auserlesenen Geschmack und raffiniertem Eleganz. Mäxlehr im Kostüm betonter Luft- und Lichtfanatismus wurde durch eine kritische Kontrolle in die heimathlichen Veneten zurückverwiesen. Vermittelt wurde die Beteiligung der Karlsruher Künstler, die dem Mannheimer Fest vor dem Kriege oft eine eigene Note gab, doch war die Landeshauptstadt durch die Karlsruher Polizeikapelle unter Leitung Herrn Heiligs vertreten. Die Säle des Rosengartens hatten durch Herrn Kunstmaler Bertsch und Direktor Thomas killeinheitlichen und originellen Schmuck erhalten, der durch Lichteffekte noch besonders zur Geltung kam. Das Preisrichterkollegium hatte bei der Prüfung der Gruppen- und Einzelmasken (für die Preise bis 350 Mark ausgesetzt) über eine Stunde heisse Arbeit. Dem am Fastnacht stattfindenden zweiten Maskenfest wird man einen gleich starken Besuch und durchschlagenden Erfolg vorherzagen können.

Heidelberg, 3. Febr. (145 Bürgermeisternandidaten.) Nach Ablauf der Bewerbungsfrist wird bekannt, daß insgesamt 145 Kandidaten für den Heidelberger Bürgermeisternposten gemeldet sind.

Schwetzingen, 3. Febr. (Keine Herabsetzung des Bierpreises.) Die beiden den Ortsausschüssen Schwetzingen und Hohenheim des A. D. G. B., den Gastwirten und den Brauereien eingeleiteten Verhandlungen über eine Herabsetzung des Bierpreises sind ergebnislos verlaufen. Wie aus Mannheim gemeldet wird beschäftigte sich dort ebenfalls der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Bierpreissfrage; es wurde dabei gegen die Bierpreise Stellung genommen.

Heinsheim (A. Mosbach), 3. Febr. (Wahl.) Anstelle des verstorbenen Bürgermeisters Sälzer wurde Landwirt Gg. Mühlhig zum Ortsvorstand gewählt.

Rehl, 3. Febr. (Ihre goldene Hochzeit feierten gestern im Kreise ihrer 6 Kinder und 9 Enkelkinder, Landwirt David Reher 72 und Barbara, geb. Schüttler die Jubilare sind 74 bzw. 71 Jahre alt. Im Weltkrieg haben sie zwei Söhne verloren.

Haslach i. A., 3. Febr. (Feuer.) Im Hinterhaus der Wirtschaft von F. Schüttgen war am Sonntagabend Feuer ausgebrochen. Ein Teil des Gebäudes wurde vernichtet. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

Freiburg i. Br., 3. Febr. (Badischer Schwarzwaldderwerb.) Durch Ernennung zu Freunden des Vereins wurden mit einer kleinen würdigen Feier dieser Tage vier verdienstvolle Mitglieder der Ortsgruppe Freiburg des Badischen Schwarzwaldderwerbs, nämlich Geheimher Hofrat Professor W. Decke, Geheimher Hofrat Professor F. Oltmann, der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe E. Dollinger und Privatier C. Koppel ausgezeichnet.

Freiburg, 3. Febr. (Todesfall.) Wie bereits gemeldet, ist am Samstagabend hier im Alter von 74 Jahren Herr Wirtl. Geißl. Rat Domkapitular und päpstlicher Hauskaplan Dr. Augustin Brettle aus dem Leben geschieden. Geboren am 11. Januar 1851 in Sandhausen im Amtsbezirk Heidelberg wirkte Brettle als Geistlicher zunächst in verschiedenen Orten Badens, bis er am 3. März 1903 nach hier berufen wurde. Er ist also hier nahezu 22 Jahre hindurch tätig gewesen und die katholische Geistlichkeit der Bischofsstadt Freiburg hat in ihm einen ihrer bekanntesten Vertreter verloren. Der Tod überraschte den Senior des Metropolitankapitals gerade am 51. Jahrestage seiner Priesterweihe.

Neuenburg, 3. Febr. (Der weiße Fasan.) Auf der hiesigen Rheinwaldjagd erlegte ein Mühlheimer Jäger einen schneeweißen Fasan. Eine fetter Wildbau wurde von einem anderen Mühlheimer Jäger auf der Freemar am 1. Febr. erlegt.

Wörzheim, 3. Febr. (Freiwilliger Tod.) Hier hat sich der Postgewerksmeister Köpfer erschossen. Die Ursache der Tat ist unbekannt.

Schnau, 3. Febr. (Seinen Verletzungen erliegen.) Der verheiratete Arbeiter Johann Beck, der, wie kürzlich gemeldet auf unaußeraktive Weise in einen Schacht des Kanalbaus bei Kestel abstürzte und schwere Verletzungen davontrug ist nun in hiesigen Krankenhaus an den Folgen derselben gestorben.

Rheinfelden, 3. Febr. (Das Motorboot „Rheinfelden“.) Der Bau des ersten Motorbootes für die Stadt Rheinfelden geht rüstig vorwärts und der Betrieb soll bis 15. April aufgenommen werden. Das Schiff gewährt Raum für 200 Personen und soll den Namen „Rheinfelden“ führen.

Rheinfelden, 3. Febr. (Folgen des niederen Wasserstandes.) Infolge des niederen Wasserstandes des Rheins unterhalb des Staumehrs des Kraftwerkes bei Rheinfelden ist das ganze eigentliche Strambett wasserleer, da alles verfügbare Wasser durch den Kanal für das Kraftwerk gehen muß. Dadurch ist nun die ganze Mühlkaskade des Rheinbettes aufgeschloffen. Zahlreiche Fische sind zu sehen die teils als Gießschermühlen des früheren Rheinlethens oder als Wirbel-Strudellöcher gedeutet werden im Mühlkaskade sind 4-5 Meter tiefe Rinne in den Lachsen willkommen sind. Alle Rheinformen der Bewässerung und Eruptiv-Gesteine können sehr gut beobachtet werden und ziehen ein zahlreiches Publikum von nah und fern an.

Bräunlingen, 3. Febr. (Sundetollwut.) Da hier bei einem Hunde Tollwut festgestellt wurde, ist über den ganzen Bezirk die Hundesperre verhängt worden.

Aus den Nachbarländern.

Strasbourg, 3. Febr. Die Lebensmittelsteuerung die seit einiger Zeit einen seit dem Kriege nicht verzeichneten Hochstand erreicht hat nimmt immer noch weiter zu. Mit Monatsbeginn haben auch die Zeitungen wieder aufgeschlagen. Die Nummer kostet jetzt 20 Cents. Um die Bevölkerung zu beruhigen übt die Polizei eine verstärkte Aufsicht über die Lebensmittelgeschäfte aus. Seit einiger Zeit ist durch unermutete Nachprüfung in den Bäckereien des Gewichts derjenigen Brotorten überwacht worden, die ungewogen verkauft werden.

Am, 3. Febr. Zu der in Nr. 29 der „Badischen Presse“ vom 24. Januar erschienenen Mitteilung, daß ein Reichswärteroldat der Garnison Neu-Ulm bei Aufhebung einer Kalkbrennerwerkstatt verhaftet worden sein soll wird vom Wehrkreiskommando V mitgeteilt: Die Feststellungen haben ergeben, daß mit der erwähnten Kalkbrennerwerkstatt kein Angehöriger der Garnison Neu-Ulm zu tun gehabt hat und daß auch kein Angehöriger der in Neu-Ulm liegenden Truppenelle verhaftet worden ist.

Salit ZUM EINREICHEN Für alle rhomalisch Peranlagten. Salit-Del enth. als wirksamen Bestandteil 5% Salit, pur. Salit-Creme 25% Salit, pur. = 70% Saliciläurebornolster. In allen Apotheken: N. u. 1,50 M., Doppelt. 2,50 M., Salit-Creme Tub. 1.- M.

Pianos-Harmoniums zu günstigen Preisen und Bedingungen. Pianohaus Lang Kaiserstraße 167/4 Telefon 1073 (Salamander-Schuhhaus).

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 4. Februar 1925.

Weißhe Woche.

Weiß ist die Parole des Tages. Das strahlende Weiß des Schnees, das uns der launische Wettergott in diesem Winter vorant...

Staatspolizeibeamten an einem der letzten Sonntage den Kranken in der Diakonissenanstalt erwiesen, indem sie vor den Kranke...

Aus dem Vereinsleben.

Der Sängerverein zu Singenhausen. In den „Drei Linden“ im Stadtteil Mühlburg herrschte am Samstag abend Hochfe...

hingewiesen wurde, in dankenswerter Weise und mit gutem Erfolg...

Vorzeichen der Veranstalter.

(Ehemalige Reserve 109 er. Die ehemaligen Angehörigen des Inf. Regt. 109 treffen sich heute Mittwoch abend 8.30 Uhr im...

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe. Todesfälle. 2. Februar: Otto Ebbende, 75 Jahre alt...

Turnen + Spiel + Sport.

Die Tiroler Skimeisterschaft gelangte am Sonnabend und Sonntag unter internationaler Beteiligung in Ehrwald (Tirol) zur...

Ratten, Käfer, Wanzen etc. vertilgt unter Garantie. F. Hüllsien, Hauptgeschäft: Herrenstraße 5, Tel. 5791.

Todesfälle. Eine stadtbekannt Persönlichkeit, Amtsgerichtsdirektor a. D. August Kaiser ist dieser Tage nach kurzer Krank...

Badisches Landestheater. Mittwoch, 4. Februar 7-10 Uhr (6.-). D. 15. Th.-G. 301-500. UNDINE.

Gartenbauverein Karlsruhe. Monats-Versammlung am Mittwoch, 4. Febr. abends 8 Uhr im Saal III der Brauerei Schrempf.

Palast-Lichtspiele. Nur bis einsch. Donnerstag! Das große Doppel-Lustspielprogramm: Nr. 1 „Matrose wider Willen“...

Fischer's Weinstube. Kreuzstr. 29. Jeden Mittwoch, Samstag, Sonntag Musikalische Unterhaltung.

Schüffengesellschaft Karlsruhe e. V. gegründet 1721. Mittwoch, 11. Februar 1925. Maskenball in sämtlichen Räumen der Festhalle...

Brennholz. Hartholz, steuerfrei, per Str. 1,60 M. vors Haus geliefert. Ant. Einheits, Durlacher Allee 109, Telefon 4824.

Einladung zur Landesversammlung der Badischen Vereinsvereine am Mittwoch, d. 4. Febr. im Konfirmationsaal, Siesentalstraße 22.

Herrenhüte. Thuja. FABRIK KOSMET. PRÄPARATE. Bieler's Hautspannung Thuja P 3 M. Bieler's Sauerstoff-Creme Thuja Dose 2 Mk.

Colosseum. Täglich 8 Uhr das vollständig neue VARIETE-PROGRAMM.

Zum Rheingold. Waldhornstr. 22. Heute, sowie jeden Mittwoch Großes Schlachtfest.

Berein „Karlsruher Börde“ e. V. Einladung zur Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 18. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr...

Obstpressen, Obst- u. Traubenmühlen, hydr. Keltereinlagen. In modernster einflussreicher Ausführung liefert die Spezialfabrik für moderne Kelterei...

Café des Westens. HEUTE ABEND 8 1/2 Uhr 2808. Elite-Konzert. Herr ROBILOFF wird u. a. folgende Solis zu Gehör bringen: Ave Maria, Schubert, Wilhelm Zigeunerlänze, Nachez...

Zum Merkur, Kriegs-, Straße 96. Jeden Mittwoch: Schlachtag. Reichhaltige Spezialkarte. Vorsichtige Weiß- und Rotweine. Doppelboden Germanen-Bier u. Bismarck aus der Brauerei Beth-Weinheim.

Kaffee Bauer. Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends. Grosses Sonderkonzert mit verstärkter Kapelle. Aus dem Programm: Ouvertur zur Oper Don Juan, Mozart; Fantasia aus dem Musikdrama Tristan und Isolde, Wagner; Suite, Mussorgski; Hexentanz, Paganini; Solist: Kapellmeister Dolezel.

Unterricht. English Lady holds afternoon classes for ladies who wish to improve their knowledge of the English language. Herrrens' 11, V. Buchführung. Wer gibt Fachunterricht in Mathematik, bartelender Geometrie und Zeichnen, zur Aufnahme in das Maschinenbau-lehrfach? Ang. unt. Nr. 14807 in die „Bad. Presse“.

Devisen- und Effektenmarkt.

Berlin, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Schluss- und Nachbörse. Im weiteren Verlauf der Börse zeigte sich zunächst eine kleine Senkung...

Berlin, 3. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Kassamarkt. Es zeigte sich heute eine allgemein rückläufige Bewegung. Eine Ausnahme bildeten Braunschweiger Kohle mit plus 5 Proz. ...

* Frankfurt's Abendbörse, 3. Februar. An der Abendbörse konnte sich kein nennenswertes Geschäft entwickeln. Die Spekulation strengte Zurückhaltung beobachtet wurde...

* Mannheim, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei lebhafter Tendenz notierten an der heutigen Börse Rhein-Kreditbank 3,4, Südbad. Discontogesellschaft 11,1, Badische Anilin 32,37, Westfälische 20,5, Brauerei Gießen 37, Badische Metallurgie 120, Mannheimer Versicherung 100, Germania Einleum 169 Goldprozent, Karlsruher Maschinen 4,1, Baab 4, Freitag 4, Zellfloss Waldhof 13,5.

Warenmarkt.

tr. Nürnberg, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hopfenmarkt. Zufuhr 20 Ballen. Umzug 20 Ballen. Preise unverändert. Tendenz unverändert ruhig. Nur prima Hopfen gefragt.

tr. Stuttgart, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Schlachttiermarkt. Es waren gutgetrieben und wurden je 50 Kilo Lebendgewicht geschlachtet: 70 Ochsen 27-46, 189 Bullen 32-46, 140 Jungstiere 32-54, 71 Kühe 12-39, 584 Kälber 50-70, 1167 Schweine 54-73, 266 Schafe 40-70 Markt. Marktlage unverändert ruhig.

Die Londoner Kolonial-Wollauktion. Am 9. Tage der Londoner Kolonial-Wollauktion herrschte, wie dem „Konfektionär“ aus London gebachtet wird, bei reger Nachfrage, insbesondere vom einheimischen englischen Handel, ein fester Ton. Das Angebot, bestehend aus 7455 Ballen wurde nahezu geräumt. ...

ford: Die Fortsetzung der Londoner Auktionen brachte keine wesentliche Veränderung, die Stimmung war freundlicher und die Preise eher wieder etwas fester bei größerer Nachfrage. ...

Table with columns: Devisen, Englisch, and exchange rates for various locations like London, Hamburg, etc.

Nach einer Woche allgemeiner Zurückhaltung scheint hauptsächlich wohl infolge der Lebhaftigkeit auf den Fonds- und Getreidebörsen etwas mehr Leben in die Baumwollmärkte zu kommen. ...

Alexandria: Schwantend. Satellaridis 140 Punkte höher. Ahmouni 165 Punkte niedriger. Termine: Satellaridis März 60,25, Ahmouni Februar 34,10. Beste Satellaridis notiert etwa 38,95 d. ...

Erntemeldungen.

Generaldirektor Zirkler über die Lage der Kaliindustrie. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Kaliwerke ...

Der Absatz der Kaliindustrie im Jahre 1923 betrug 8,4 Mill. Doppelzentner. Davon entfielen 3,4 Mill. Doppelzentner oder 40,3 Prozent auf das Ausland. ...

Die Deffektivität hat sich lebhaft mit dem Interessententum in der deutschen Kaliindustrie beschäftigt. Der Wintershallkonzern hat durch Zusammenschluss mit der „Preussag“ seinen Anteil an der Kalifabrik von 38,7 Prozent auf 44,5 Prozent vermindert. ...

Die heutige G.-B. der Kaliwerke Salzdettfurth A.-G. in Salzdettfurth genehmigte die W.-Ergebnisbilanz und die Umstellung des A.K. von 100 Mill. Mark Stammaktien auf 19 Mill. RM. und von 10 Mill. Mark Vorzugsaktien auf 100 000 RM. ...

Die außerordentliche G.B. der Hannoverischen Kaliwerke A.-G. in Hannover genehmigte die Umstellung des A.K. von 14 Mill. RM. auf 25 Mill. RM. ...

In der a. o. G.-B. der Gummiwerke Neke A.-G. in Heilberg-Wieblingen am 2. Februar wurde beschlossen, sämtliche Vorzugsaktien in Stammaktien umzuwandeln. Die Rentemarf-Eröffnungsbilanz per 1. April 1924 ist natürlich durch die Verhältnisse längst überholt. ...

In der unter dem Vorsitz von Geh. Justizrat Albert Gaeke heute in München abgehaltenen Generalversammlung der Bayerischen Notenbank in München waren 23 Aktionäre mit 23 877 Stimmen vertreten. ...

vertreten. Die Versammlung genehmigte die Umstellung des A.K. von 15 Mill. RM. im Verhältnis von 1:1 auf 15 Millionen RM. Ferner wurde der Abschluss, nach dem befallend eine Dividende von 6 1/2 Prozent für 1924 verteilt werden soll, sowie die vorgeschlagenen Satzungsänderungen genehmigt. ...

Die Verwaltung der „Danubia“, A.-G. für Mineralölindustrie in Regensburg beantragt die Umstellung des A.K. in Höhe von 46 Mill. RM. im Verhältnis von 2:1 auf 1,84 Mill. RM. ...

Bei der Rigaufkonzern A.-G. in München ist das Konkursverfahren wegen Mangel an Masse eingestellt worden. Der Gründer und Direktor der Bayerischen Motorenwerke, Dipl.-Ing. J. J. Popp, veröffentlicht heute in der „München-Abendzeitung“ unter der Überschrift „Die Automobilisierung Deutschlands als bayerische Frage“ ...

In der Automobilisierung steht nach den Ausführungen von Popp Deutschland an letzter Stelle. Die deutsche Automobilindustrie ist zurzeit nur in der Lage, jährlich höchstens 30 000 Kraftwagen herzustellen. ...

Die zur Deutschen Zentralbodenkreditvereinigung gehörenden Hypothekendarlehen haben in den Sitzungen des Gemeindefrats und ihrer A.K. beschlossen, die A.K.-Bilanzen und die Umstellungen den zum 28. Februar einberufenen G.-B. wie folgt vorzuschlagen: ...

Ein Berliner Mittagsblatt bringt eine sensationell aufgemachte Mitteilung über ungedeckte Kredite, die die Deutsche Verkehrsbank bei der Seehandlung aufgenommen haben soll. ...

Der Generalrat der Reichsbank hat am 31. Januar und 1. Februar seine regelmäßige Sitzung abgehalten, in denen die Berichte des Präsidenten und des Kommissars entgegengenommen wurden. ...

Die heutige G.-B. der Kaliwerke Salzdettfurth A.-G. in Salzdettfurth genehmigte die W.-Ergebnisbilanz und die Umstellung des A.K. von 100 Mill. Mark Stammaktien auf 19 Mill. RM. ...

In der a. o. G.-B. der Gummiwerke Neke A.-G. in Heilberg-Wieblingen am 2. Februar wurde beschlossen, sämtliche Vorzugsaktien in Stammaktien umzuwandeln. Die Rentemarf-Eröffnungsbilanz per 1. April 1924 ist natürlich durch die Verhältnisse längst überholt. ...

In der unter dem Vorsitz von Geh. Justizrat Albert Gaeke heute in München abgehaltenen Generalversammlung der Bayerischen Notenbank in München waren 23 Aktionäre mit 23 877 Stimmen vertreten. ...



Bezug durch den Weinhandel.

